

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Flüchtling aus Rojava von Peshmerge-Kräften an südkurdischer Grenze ermordet

In der Nacht vom 14. auf dem 15. April ist ein kurdischer Flüchtling an der Grenze zwischen Rojava und Südkurdistan von Peshmerge-Kräften ermordet worden. Der 32-jährige Mann aus der Stadt Derik versuchte gegen 0 Uhr Ortszeit die Grenze bei Semalka zu überqueren, als die Peshmerge-Kräfte das Feuer eröffneten. Der Flüchtling wurde im Rücken von den Kugeln getroffen und verstarb im Krankenhaus von Duhok. Bereits in den Morgenstunden versammelten sich nach der Veröffentlichung der Ermordung hunderte Menschen aus Rojava bei der südkurdischen Regierung,

um gegen die Peshmergekräfte und die Politik der KDP-Regierung gegen Rojava zu protestieren. Gegen Mittag nahmen die Familienangehörigen den Leichnam des Ermordeten entgegen, um ihn in seiner Heimatstadt Derik zu bestatten.

Bereits vor knapp einer Woche kam es an der Grenze zwischen Rojava und Südkurdistan zu Anspannungen, als die südkurdische Regierung den Grenzübergang Semalka komplett schloss und einen Grenzgraben zu ziehen begann. Tausende Menschen aus Rojava demonstrierten daraufhin an der Grenze. Bei den Protesten am 9. April

griffen Peshmergekräfte die demonstrierende Menge an und verletzten durch Schüsse einen 18-jährigen Demonstranten. Auch an der Grenze zwischen Rojava und der Türkei kam es am Morgen des 15. April zu einem Angriff auf kurdische Flüchtlinge. In der Nähe der nordkurdischen Stadt Cizîr (Cizre) wurden zehn Flüchtlinge, die gegen 5 Uhr morgens die Grenze passierten, durch das türkische Militär festgesetzt und u.a. mit den Gewehrkolben verprügelt. Einigen von ihnen wurden die Personalausweise und das Geld durch die Soldaten entwendet. (ANF, 15.4., ISKU)

Pressemitteilung des Organisationskomitee der Jugenddemonstration

Polizeiangriff auf Jugenddemonstration in Duisburg

Zum 12. April 2014 hatten wir als ein Zusammenschluss kurdischer Jugendorganisationen und -verbände gemeinsam mit weiteren fortschrittlichen und demokratischen Organisationen aus Deutschland zu einer Demonstration in Duisburg aufgerufen. Ziel dieser Demonstration war es, auf die politische Situation in Kurdistan und der Türkei aufmerksam zu machen. Vor und nach den Kommunalwahlen in der Türkei am 30. März diesen Jahres hatte sich dort die politische Lage für all diejenigen Teile der Gesellschaft, die für eine Demokratisierung und für ihre Freiheiten in der Türkei eintreten, verschärft. Besonders in den kurdischen Siedlungsgebieten, aber auch im Westen der Türkei, haben die Repressionen gegenüber politischen AktivistInnen deutlich zugenommen. Diese Repressionspolitik reicht von Razzien und Festnahmen gegen politisch aktive Menschen, über Angriffe auf demokratische Demonstrationen bis hin zu ausufernden Verboten von sozialen Medien. Die offene Unterstützung radikal-islamistischer Gruppierungen, die im syrischen Bürgerkrieg die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava angreifen, ist in diesem Kontext ein weiterer Ausdruck

der gegenwärtigen antikurdischen und antidemokratischen Politik der AKP-Regierung. Ziel unserer Demonstration vom vergangenen Samstag war es, auf diese Politik in der Türkei aufmerksam zu machen. In unserem Aufruf und unserem Flugblatt auf der Demonstration haben wir dies zum Ausdruck gebracht. Allerdings kam es im gesamten Verlauf unserer Demonstration in Duisburg zu verschiedenen Provokationen. Die daraus resultierende Anspannung entlud sich in Auseinandersetzungen zwischen den TeilnehmerInnen der Jugenddemonstration und der Polizei. Infolgedessen kam es zu zahlreichen Festnahmen von DemonstrationsteilnehmerInnen. Sowohl in den Reihen der Polizei als auch der DemonstrantInnen kam es bei den Auseinandersetzungen zu Verletzten. Wir als demokratische Jugend Kurdistans möchten zunächst betonen, dass wir die Auseinandersetzungen infolge der Eskalation auf unserer Demonstration verurteilen. Unsere Demonstration hatte das Ziel, sich mit den Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Frieden in der Türkei zu solidarisieren. Jegliche Form von Gewalt widerspricht daher von Grund auf der Intention unseres Anliegens.

Wir möchten betonen, dass die Aussagen bzgl. der Demonstration, die Herr van der Maat von der Polizei gegenüber der Presse getätigt hat, nicht der Wahrheit entsprechen. Während der Demonstration versuchten zwar gewisse außenstehende Personen durch das Zeigen von türkischen Fahnen die TeilnehmerInnen der Demonstrationen zu provozieren, worauf sich einzelne Jugendliche leider auch einließen. Doch ist es nicht richtig, für die Ereignisse, die sich nach der Demonstration ereigneten, die DemonstrantInnen verantwortlich zu machen. Wir als OrganisatorInnen der Demonstrationen haben im Laufe der Demonstration die Polizei mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass das Eingreifen der Polizeikräfte in den Demonstrationen zu einer unnötigen Eskalation der Situation führen würde. Dennoch hat die Polizei immer wieder einzelne Jugendliche gewaltsam aus der Demonstration herausgegriffen und festgenommen. Anstatt deeskalierend zu agieren, hat die Polizei durch dieses Eingreifen letztlich die angespannte Situation auf der Demonstration zum Überlaufen gebracht. Um die Situation der Eskalation auf der Demonstration besser zu veranschaulichen, möchten wir an die-

Meldungen:

Muharrem Erbey und 47 weitere Gefangene aus Haft entlassen
Im KCK-Hauptverfahren gegen 175 Angeklagte wurden am vergangenen Freitag auf Beschluss des 2. Hohen Strafgerichtshofs von Diyarbakır 48 Gefangene aus der Haft entlassen, unter ihnen der bekannte Menschenrechtsanwalt Muharrem Erbey. Das Gericht entschied, dass in 10 Fällen keine hinreichenden Beweise für die Mitgliedschaft in der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans“ (KCK) vorlägen. In 38 Fällen wurde die Entscheidung mit der Überschreitung der maximalen Untersuchungshaftzeit von 5 Jahren begründet, eine Frist, die durch eine erst kürzlich erfolgte Gesetzesänderung festgelegt wurde. Zuvor durften Angeklagte 10 Jahre lang ohne Urteil in Untersuchungshaft festgehalten werden, was zu einer Vielzahl von Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EctHR) führte. Die Verhaftungswellen im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen begannen am 14. April 2009. Gülcihan Şimşek, ehemalige Bürgermeisterin von Bostaniçi, erklärte auf einer Pressekonferenz im Namen der 48 entlassenen PolitikerInnen, dass die Gerichtsentscheidung kein Geschenk der Regierung sei und sie auch nicht bedeute, dass die Gefängnisse geleert worden seien. Das Gericht habe im Laufe des Verfahrens den Angeklagten das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache verweigert und erst vor Kurzem ihre Freilassung abgelehnt mit der Begründung, diese könnten „in die Berge gehen, um dort [bewaffnet] zu kämpfen. „Aber wir sind hier“, sagte Şimşek. Sie betonte, dass, wenn das Ziel der Verhaftungen war, die kurdische Freiheitsbewegung zu schwächen, so beweiße der Ausgang der Kommunalwahlen vom 30. März, dass dieser Plan am Widerstand der Bevölkerung gescheitert sei. Der Wahlerfolg der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) zeige, dass die Bevölkerung hinter dem Lösungsprozess und der demokratischen Autonomie stehe. (ANF, 14.4., DhG)

Sondersitzung zu Türkei-Provokationen
Berlin. Die Linksfraktion im Bundestag hat angesichts der anhaltenden Versuche des NATO-Partners Türkei, einen Krieg mit Syrien zu provozieren, eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses noch vor den

Symposium zu muttersprachlichem Unterricht in Amed

Am Wochenende fand das zweite internationale Symposium »Muttersprachlicher Unterricht: Modelle, Grenzen und Möglichkeiten« im Cegerxwin Kunst- und Kulturzentrum in Amed statt. Mehrere internationale Gäste wie die finnländische Sprachwissenschaftlerin Dr. Anna Morottoja und der Generalsekretär Dr. Paul Bilbao Sarria von KONTSEILUA, einem Sprachzentrum für die Förderung der baskischen Sprache, waren anwesend und haben über die Thematik der Muttersprache in ihren Ländern und im Allgemeinen referiert.

Morottoja: Die Sprache ist alles Morottoja, die als Sprachwissenschaftlerin an einer Universität in Finnland tätig ist, hat über »Die Wiederbelebung samischer Sprachen in Finnland: Ein Beispiel anhand der Gemeinde Inari« referiert. Nach einer Übersicht über das indigene Volk der Samen im Norden Skandinaviens und der samischen Sprache, die sich in mehr als zehn Dialekte einteilt, erklärte Morottoja: »Die Sprachen von Minderheiten wurden immer als Problem betrachtet. Die Sprachen, die einst aus der Erziehung und den Schulen zu verbannen versucht wurden, werden nun versucht in der Bildung und in Schulen neu zu beleben. Heute wird die finanzielle Förderung der samischen Sprache voll-

ständig von Seiten des Staates gefördert.«

Sarria: Wir bringen viel Mühe für die Entwicklung der baskischen Sprache auf

Dr. Paul Bilbao Sarria sprach zur »Die Wiederbelebung einer minorisierten Sprache durch Bildung: Das baskische und katalanische Bildungssystem«. Sarria erklärte, dass es im Baskenland ein starkes Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt und die Menschen diesen Institutionen viel Bedeutung schenken. »Diese Organisationen bringen sehr viel Mühe und Energie auf, um die baskische Sprache zu fördern«, betonte Sarria und unterstrich, dass alle ein Recht auf muttersprachlichen Unterricht haben: »Jedes Kind hat ein Recht, in seiner Muttersprache unterrichtet zu werden. Im Baskenland ist dies sehr wichtig. Aus diesem Grund haben wir Hunderttausende in dieser Sprache ausgebildet. Dies war eine wichtige Etappe bei der Zerstörung des Einflusses der Assimilation.« Sarria erklärte, dass für das Wiederbeleben einer Sprache ein offizieller Status von großer Wichtigkeit sei und sprach sich gegen den Begriff »Minderheiten« aus.

Abschlussklärung

Nach weiteren Vorträgen und Diskussionen wurde eine

Abschlussklärung veröffentlicht. Zu den Gesprächen zwischen der kurdischen Führungspersonlichkeit Abdullah Öcalan und Staatsvertretern wurde erklärt, dass der Staat keine Schritte mache. Die bisherigen kleinen Schritte der Regierung seien ungenügend auf die berechtigten Forderungen der kurdischen Bevölkerung. In der Erklärung wurde auf die Bedeutung des muttersprachlichen Unterrichts und einer verfassungsrechtlichen Garantie für diese hingewiesen.

Nicht nur für die kurdische Bevölkerung, sondern für alle in der Türkei lebenden Völker wird in der Erklärung muttersprachlicher Unterricht gefordert: »In kürzester Zeit müssen klare Schritte für das Recht der Kurdinnen und Kurden auf muttersprachlichen Unterricht folgen. Und diese Schritte müssen verfassungsmäßig garantiert werden. Der politische Status der Kurdinnen und Kurden muss anerkannt werden, wie auch die Demokratische Autonomie als das Selbstverwaltungsprojekt in ihrer Region. Wir grüßen die Revolution in Rojava. Wir verurteilen die Umzingelung der Revolution und grüßen die Bevölkerung dort. Der Kampf der Bevölkerung in Rojava muss unterstützt werden.«

(ANF, 13.4., ISKU)

Osterfeiertagen beantragt, Hintergrund sind die Enthüllungen des ARD-Magazins »Monitor« vom 10. April 2014 über die Pläne des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Nachbarland. Aus den »Monitor«-Recherchen werde ersichtlich, daß die türkische Regierung seit geraumer Zeit auf eine weitere Internationalisierung des Krieges mit Syrien hinarbeite, erklärte die Linke-Politikerin Sevim Dagdelen am Montag auf jW-Nachfrage. Zugleich mehrten sich die Informationen, daß Ankara anstrebt, die NATO hier mit zu involvieren. »Da die Stationierung der »Patriot«-Raketen und Bundeswehrsoldaten, die akut durch die türkischen Kriegspläne gefährdet sind, durch Beschluß des Bundestages auf Grundlage einer Lüge erfolgte, muß hierüber jetzt neu diskutiert werden«, so Dagdelen. (jW, 15.4., ISKU)

HDP trifft Vorbereitungen für den 1. Mai

Die Demokratische Partei der Völker bereitet sich unter dem Slogan »Ein vereinter Kampf gegen Ausbeutung für Demokratie und Frieden« auf den 1. Mai vor.

Die HDP wird den Schwerpunkt ihrer Arbeit zum 1. Mai auf die Bedeutung des vereinten Kampfes von ArbeiterInnen verschiedener Identitäten, Anschauungen und Geschlechter gegen die schwere Ausbeutung legen, die mit der Verbreitung von Outsourcing, Subunternehmertum und befristeter Teilzeitarbeit ohne Sicherung einhergeht. Andere Aktivitäten der HDP werden sich mit der Situation von Arbeiterinnen, mit Kinderarbeit und »Unfällen« am Arbeitsplatz beschäftigen. Auch soll auf Themen wie Rojava, Gezi Widerstand, Friedensprozess, Widerstand gegen den Krieg in Syrien und Umweltzerstörung aufmerksam gemacht werden. (ANF, 17.4., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
DhG Demokratie hinter
Gittern
jW junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

→ Polizeiangriff auf Jugenddemonstration...

ser Stelle die Schilderungen einzelner TeilnehmerInnen der Demonstration wiedergeben:

O.K.: »Als die Demonstration zu Ende ging, sind einige Polizisten zu mir und meinen Freunden gekommen, um nach unseren Ausweisen zu fragen. Wir haben sie gefragt, weshalb sie unsere Ausweise sehen wollen. Ein Polizist wiederholte daraufhin in einem drohenden und schimpfenden Ton, dass er unsere Ausweise sehen will. Wir haben dann wieder geantwortet, dass wir den Grund hierfür wissen wollen und dass wir das nicht richtig finden. Daraufhin haben uns die Polizisten ohne Vorwarnung angegriffen. Etwa fünf Polizisten haben mich angegriffen und zu Boden geworfen. Ich wurde zuvor fünf Mal an meinem Kopf operiert. Ich habe deshalb zu den Polizisten geschrien, dass sie nicht auf meinen Kopf schlagen sollen. Dennoch habe ich immer wieder Schläge auf meinen Kopf bekommen. Aufgrund der Verletzungen, die ich durch den Angriff erlitten habe, war ich vier Tage im Krankenhaus. Ich denke, die Haltung der Polizei war bewusst darauf ausgerichtet, dass es zu Ausschreitungen bei der Demonstration kommt.«

Matze T.: »Ich lebe in Dortmund und bin von dort aus zur Demon-

stration gekommen. Am Anfang sah es so aus, dass die Polizei bei der Demonstration normal agieren würde. Zu den ersten Problemen kam es, als türkische Fahnen am Rande der Demo auftauchten. Einige Jugendliche haben sich davon provozieren lassen, was ich nicht richtig fand. Die Polizei reagierte darauf eigentlich zunächst relativ ruhig. Aber danach griff die Polizei aus willkürlichen Gründen immer wieder in die Demo ein und nahm einige Leute fest. Ich empfand das als sehr provokativ und fühlte mich dadurch auch selbst angegriffen. Immer wieder sagten Leute aus der Demonstration zur Polizei, dass sie damit aufhören sollten und dass sie kein Recht darauf hätten. Doch die Polizei drohte damit, die Demo frühzeitig zu beenden und machte einfach weiter. Auch dass die Polizei später mit Schlagstöcken und Pfefferspray die Menschen aus der Demo angegriffen hat, war völlig unbegründet und überzogen.«

Busse C.: »Ich bin aus Bonn zur Demo gekommen und war Ordnerin bei der Demo. Wir haben versucht, kooperativ mit der Polizei zu agieren. Als türkische Fahnen geschwenkt wurden, kam es zu Provokationen und wir haben zu den Polizisten gesagt, dass sie die Provokateure aufhalten sollen,

weil einige Jugendliche viel zu emotional darauf reagieren. Nach dieser Aktion hat die Polizei mit verschiedenen Begründungen immer wieder die Demo angegriffen und Leute aus der Demo heraus verhaftet. Sie haben uns überhaupt nicht vorgewarnt und sind mit Gewalt immer wieder in die Demo reingegangen. Am Ende der Demo war die Stimmung sehr angespannt. Die Polizei wollte weitere Leute aus der Demo festnehmen. Einige Jugendliche haben versucht, das zu verhindern und die Polizei hat mit Gewalt darauf reagiert. Sie haben uns alle mit Pfefferspray und Schlagstöcken angegriffen.«

Diese und weitere Aussagen von DemonstrationsteilnehmerInnen legen den Verdacht nahe, dass die Polizei bei der Demonstration bewusst eskalierend agiert hat. Wir begreifen dieses Handeln der Polizei als Teil einer Kriminalisierungspolitik uns gegenüber. Unser Recht zu demonstrieren soll unterbunden werden. Gleichzeitig wird über die Medien eine falsche Darstellung des Demonstrationsverlaufs durch die Polizei gestreut, was wir mit klaren Worten verurteilen möchten.

Organisationskomitee der
Jugenddemonstration